

DIE LINKE

Konkreteste Aussagen trifft hier das mit dem Zusammenschluss von PDS und WASG beschlossene Wahlprogramm vom 16.7.2005. Dort heißt es:

„Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat“.

Mit 1.400 Euro/Monat würde ein Mindestlohn von 12,1 Euro (10 Euro brutto nominal) festgesetzt. Davon wären in Deutschland sieben Millionen Arbeitsplätze betroffen, deren Kosten schlagartig um bis zum Doppelten steigen. Dementsprechend würden zwei bis drei Millionen Arbeitsplätze aufgegeben, zum Teil ins Ausland verlagert werden. Insgesamt mindestens sieben bis acht Millionen Arbeitslose wären die Folge.

Zur Lösung des Problems schlägt man vor: „Wir wollen, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen - ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden.“ „Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren...“

Das heißt, der Staat beschäftigt mindestens sieben Millionen Menschen zusätzlich und wegen des zu erwartenden Abwanderns von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer zunehmend mehr. Auf die Frage, wie dies finanziert wird, gibt es eine einfache Antwort:

„Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Besteuerung gewinnstarker Unternehmen, Reform der Gewerbesteuer ... und höhere Besteuerung hoher Einkommen.“

Damit fordert die neue Linke, dass wie einst in der DDR, die Vermögenden und Leistungsträger zahlen und der Staat alle übrigen auf deren Kosten unterhält. Wenn das Vermögen aufgebraucht ist oder die Vermögenden ins Ausland abgewandert sind - eine Mauer gibt es ja nicht mehr - bricht das System zusammen und bittet um Übernahme durch die reichen Nachbarn wie einst die DDR. Es ist erstaunlich, wie wenig man dazu lernen kann.

Aber dies alles ist auch gar nicht als ernsthafter Lösungsansatz gedacht. Es hieß bereits im Programm des Chemnitzer Parteitages vom 26.10.03: „Die PDS begreift sich als Teil der Protestbewegung gegen alle Blockaden progressiven sozialen Wandels.“

Einen ernsthaften Lösungsansatz für die Probleme der Arbeitslosigkeit kann man von dieser Partei nicht erwarten. Es geht ausschließlich um den Stimmenfang unter den Unzufriedenen.

Aber kann man eigentlich mehr erwarten? Wie sollen Parteien, die sich vom Protest nähren, Lösungen finden, wenn die „Volksparteien“, die Regierungsverantwortung tragen, sich der Definition der Probleme und der Suche nach Lösungen verweigern?